zwischen den Besuchern ausgetauscht wird, zwischen Ost und West wie zwischen den Generationen.

Wir haben uns bewußt für einen Ausstellungstyp entschieden, der die Kommunikationssituation in den Vordergrund stellt, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eine vor allem auf Information orientierte Ausstellung sich noch nicht auf einen abgerundeten Kenntnisstand über die DDR und ihre Alltagsgeschichte stützen kann. Wir plädieren für eine weit gefaßte Offenheit, die natürlich sowohl Chancen wie Probleme birgt. Niemand kann dem Ausstellungsbesucher verwehren, bei einem einfachen „das kenne ich auch“ zu verharren, niemand sollte gezwungen werden, sich didaktisch geleitet zu einem Vermittlungsziel führen zu lassen.

Die Chancen bestehen in der Gelegenheit zur Reflexion und Diskussion. Gerade die Alltagskultur bietet die Möglichkeit eines unvoreingenommenen Zugangs zur Geschichte, der vom Lebensweltlichen zum Politischen geht und dies miteinander verbindet, der damit auch Blockaden aufbrechen kann, individuelle Erfahrungen mit Dimensionen der DDR-Gesellschaft verknüpft. Auch hierin scheinen mir wesentliche Handlungsmöglichkeiten des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR zu liegen. Was wir anstreben, ist ein Dokumentationszentrum für die Alltagskultur der DDR als Ort des sozialen Gedächtnisses. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Vielen Dank, Herr Ludwig, insbesondere für Ihre Hinweise auf die Fragestellung unserer Kommission, ob das, was wir an Erfahrung in der Kommission sammeln, in den Prozeß der Vereinigung eingebracht werden kann. Meine Damen und Herren, wir sind jetzt mit einer kurzen Verspätung an dem Tagesordnungspunkt „Pause“ angelangt, und wir wollen diese Pause auch einhalten.

(Pause)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir haben jetzt eine gute Stunde Zeit, um nachzufragen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Die ersten vier Vortragenden sind uns dabei behilflich gewesen, uns dem Thema nicht nur zu nähern, sondern mitten drin zu sein. Es liegen eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor. Ich möchte zunächst dem Professor Wilke das Wort geben.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Eine der Zentralfragen, wie Kollege Faulenbach ausgeführt hat, behandelte das Problem der Reichweite der Diktatur. Wie weit konnte die SED ihren totalitären Willen in der Gesellschaft der DDR durchsetzen, und in welchen Fällen hat das Alltagsleben, und da hat er auch das Nötige gesagt, nämlich das sich dieses eigentlich der wissenschaftlichen Theoriebildung entzieht. Wird dieses Alltagsleben, dieser totalitäre Gestaltungswillen der außer Zweifel steht, umgebogen? Wie weit sind Kompromisse seitens der Herrschenden notwendig gewesen, und sei es nur in der Deckenhöhe in dem Aufbau von Stalinstadt, wo der Generalsekretär 53 sagte: „30 cm höher bauen“. Was mich aber bei der Angelegenheit auch im Blick auf den

deutschen Vereinigungsprozeß vor allem noch einmal interessieren würde, ist, daß in Ihren Ausführungen die genaue Bestimmung des Charakters der SED-Diktatur nicht vorgenommen wird. Wenn man, und Sie haben ja viel über die NS-Diktatur gearbeitet, die den nationalsozialistischen Führerstaat mit dem diktatorischen Regime der SED vergleicht, so fallen ja ein paar Merkmale sofort ins Auge, über die aber merkwürdigerweise gerade in diesem Feld Alltagsleben nicht gesprochen wird. Und das heißt, die sowjetische Abhängigkeit. Die Art und Weise der Inthronisierung der Moskauer Kader der SED durch die sowjetische Sieger- und Besatzungsmacht, das ist mittlerweile geklärt und auch erforscht, und diese diktatorische Macht begann ja sofort mit der Umerziehung und Ausrichtung der Deutschen auf die sowjetischen imperialen Interessen. Sie hatten ja ein umfassendes Umerziehungsprogramm im Gepäck, daß, wenn man es grob vereinfacht, auf die Integration nationaler deutscher Tradition im sowjetischen Interesse oder in großrussischem Interesse, hinauslief. Und es hat ja auch dazu geführt, daß Russischunterricht und anderes mehr eingeführt wurde. Aber zu den Befunden über die Wirksamkeit des Russischerwerbs gehört ja auch, daß zwar alle russisch lernen mußten, aber niemand russisch spricht. Ein letztes in diesem Zusammenhang. Wie ist diese, man muß es glaube ich so sagen, sklavische Abhängigkeit von der sowjetischen Vormacht, die das Verhalten der SED-Diktatur bis Mitte/Ende der 80er Jahre geprägt hat, zu bewerten? Wie ist das vermittelt worden, mit dem Alltag der DDR, das habe ich schon angemerkt, und was bedeutete diese Abhängigkeit im Bezug auf die doppelte Diktaturgeschichte? Wie würden Sie da die Unterschiede zwischen dem nationalsozialistischen Führerstaat und der SED-Diktatur qualifizieren? Danke!

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Als nächster der Kollege Vergin bitte.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Mein Problem liegt an der Stelle, daß ich mich frage, was haben wir für den Prozeß der deutschen Einheit als Politik aus dem zu lernen was an Befunden ermittelt worden ist, oder was noch ermittelt wird? Müssen wir auf Erfahrungen aus der ehemaligen DDR, die die Bevölkerung ja hatte, noch längere Zeit besondere Rücksicht nehmen? Denn diese Frage muß sich die Politik stellen, und sie muß sich da beraten lassen von denen, die die Befunde erheben. Das ist die generelle Anfrage, die ich an alle Referenten stellen würde. Das zweite, ich glaube nur bei Herrn Faulenbach gehört zu haben, daß er auf verwandtschaftliche Beeinflussungen eingegangen ist. Aber das auch nur sehr kurz, wobei nicht ganz deutlich für mich war, ob er jetzt die verwandtschaftlichen Beeinflussungen meint, die zwischen Ost und West gingen, oder die innerhalb Ostdeutschlands. Deswegen würde ich speziell mal nach diesem Teilaspekt fragen. Das hängt natürlich mit meiner Biographie zusammen, weil ich ein Ost-West-Produkt bin. Kann man generell für die Gesellschaft der ehemaligen DDR eine unterschiedliche Entwicklung in Familien feststellen, ich meine zwischen solchen, die die DDR sauber, also rein DDR gelebt haben, und solchen Familien, die ständig mit westlicher Beeinflussung lebten? Und in diesem Zusammenhang wäre dann der besondere Aspekt, inwieweit westliche Medien diese ge-

sellschaftlichen Beeinflussungen betrieben haben. Und das Dritte, gibt es bei den Untersuchungen Hinweise darauf, daß es regional unterschiedliche Auseinanderentwicklungen zwischen Ost und West noch von besonderer Art gegeben hat? Ich meine beispielsweise das Eisfeld, wo durch Aufrechterhaltung der Katholischen Kirche und ihrer Aktivität andere Entwicklungen beobachtet worden sind oder bis heute zu beobachten sind, als in anderen Regionen, wo die Kirche diese Einflußnahme nicht mehr hat halten können.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Der nächste wäre Herr Kowalczuk.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Wir haben heute vormittag meines Erachtens eindrucksvoll das Grunddilemma der Alltagsgeschichtsforschung vor Augen geführt bekommen. Und zwar der Alltagsgeschichtsforschung ganz generell, ob sie sich nun mit dem Mittelalter oder der DDR beschäftigt. Wir haben sehr viele Fragen, aber nur sehr wenige allgemeine, verallgemeinerungsfähige Befunde. Und deswegen sind natürlich auch die einzelnen Beiträge ganz unterschiedlich gewichtet und werfen auch ganz unterschiedliche Fragen auf, die man jetzt im einzelnen auch gar nicht alle andiskutieren kann. Ich will dennoch das Eingangsstatement von dem brandenburgischen Minister Herr Reiche nun auch wiederum so unkommentiert nicht stehen lassen. Ich glaube, daß die zwei prinzipiellen Mängel, die er formuliert hat, einmal den Mangel an Form, Farben und Design und einmal den Mangel an Geschwindigkeit, tatsächlich nur jemand als einen Grundmangel erkennen konnte, der des öfteren nach Westdeutschland fahren konnte. Und das konnte nun die Mehrheit der DDR-Bevölkerung nicht. Insofern schien mir das doch sehr atypisch zu sein, ein Wahrnehmungsmuster, das ganz objektiv für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung einfach nicht zutreffen kann. Jetzt habe ich ein paar ganz konkrete Fragen. Die erste Frage richtet sich an Herrn Faulenbach, würde sich zwar noch viel stärker an Kocka und Lüdtke richten, aber vielleicht können auch Sie mich darüber aufklären, da Sie ja diesen Begriff der durchherrschten Gesellschaft auch praktisch referierend eingeführt haben. Ist das nicht eigentlich nur ein Alternativbegriff, mit dem man letztendlich auch eine totalitäre Gesellschaft beschreiben müßte? Ist es nicht ein wissenschaftlich-taktisches Vorgehen? Die nächsten Fragen richten sich an Herrn Lindenberger. Gleich zu Beginn seines Referates stellte er fest, daß es in der Alltagsforschung niemals zu quantitativen Aussagen kommen könnte. Nun stellt sich für mich, wenn das tatsächlich so ist, die Frage, inwiefern kann man dann tatsächlich auch bestimmte Basisprozesse überhaupt auf den Begriff bekommen. Und hier schließt sich auch die Frage oder die Bemerkung an, in welchem Verhältnis denn tatsächlich heute Politik, Sozial- und Alltagsgeschichte stehen. Bis 1989 waren ja die Vertreter der Sozialgeschichte relativ davon überzeugt, daß politische Prozesse eine soziale Intendierung haben. Und nach 1989, nachdem auch die DDR-Gesellschaft als Forschungsfeld empirisch bearbeitet werden konnte, drehte sich das auf einmal um. Auf einmal stellten wir fest, daß bestimmte soziale Prozesse, man denke zum Beispiel nur an die Umwandlung in den Bildungsschichten, eine politische Intendierung haben; viel stärker als das in anderen Gesell-

schaften war. Mich würde jetzt mal interessieren, in welchem Zusammenhang sich die Alltagsgeschichte verorten lassen könnte. Da schließt sich wiederum eine Frage an. Ich hatte bei Ihren Ausführungen ein bißchen das Thema der generationsspezifischen Alltagserfahrungen vermißt. Das hängt also mit dem zusammen, was ich eben sagte. Welche politischen Ereignisse haben eigentlich tatsächlich auch auf den Alltag der Leute eingewirkt? Stichwort 17. Juni, Stichwort Mauerbau, Stichwort Prag 68. Das fehlte mir alles ein bißchen, weil ich bisher auch immer den Eindruck hatte, daß das zwar politische Ereignisse waren, aber dennoch eine unglaublich hohe Wirkung auch für das Alltagsverhalten, für die mentale Verfassung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, einer bestimmten Generation hatte. Meine Frage: Inwiefern trügt mich erstens mein Eindruck, daß Ihre Fragestellung sehr stark vor allem auf die Arbeiterschaft und Städte orientiert ist, und zweitens, worin überhaupt Ihr empirischer Hintergrund besteht. Zum Schluß würde mich interessieren, Herr Ludwig, auf welcher finanziellen Grundlage sich Ihr Museum bewegt, und welche Perspektive Ihr Museum hat. Als wir gestern so durch Ihr Museum gingen, ist mir aufgefallen, daß sich dort zwar ein Großteil der ehemaligen materiellen Kultur der DDR versammelt hat, oder Sie es da zusammengesammelt haben, aber doch bestimmte Bereiche gänzlich fehlten. Zum Beispiel die ganze Frage der Militarisierung des DDR-Alltags, also Stichwort Kriegsspielzeug etc. Das fehlte alles total, und damit hängt eigentlich die Frage zusammen, inwiefern ein solches museales Konzept überhaupt in der Lage ist, auch die geistige Seite des DDR-Alltags, die mentale Seite seines Alltags, darzustellen. Danke schön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: In der ersten Runde würde ich gerne noch zwei Meldungen berücksichtigen und dann den Referenten die Möglichkeit geben, zu antworten. Das wären Professor Jacobsen und Professor Mocek.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Lindenberger, ich habe eine konkrete Frage an Sie. Es ist zunächst einmal festzustellen daß wir natürlich am Anfang unserer Aussprache stehen. Noch verschiedene Beiträge werden uns über das im Mittelpunkt stehende Thema informieren. Und dennoch meine ich, daß wir rechtzeitig auch einmal über den nationalen Bereich oder den regionalen Bereich hinaus die Dinge mit in unsere Analyse einbeziehen müssen. Etwas davon hat mein Kollege Wilke schon angedeutet, nämlich die Überfremdung jenseits der Grenzen, also nicht nur von der Sowjetunion. Was im Hinblick auf die Bewältigung des DDR-Alltags und des Verhaltens von Menschen damals in einer SED-Diktatur zu berücksichtigen ist, ist das Zusammenleben, das Zusammentreffen mit den „sozialistischen Brüdern“. Hat diese multinationale Perspektive mit den „sozialistischen Brüdern“ zusammen etwas Neues, Revolutionäres aufzubauen, im Alltag eine Rolle gespielt? Wenn ja, in welchem Umfange? Ich denke vor allem an die unmittelbaren Nachbarn, Herr Lindenberger, also an die Polen und an die Tschechen. Es zeigt sich ja nun, – das muß man mit großem Bedauern wiederum herausstellen –, daß hier noch im Jahre 1997 große Schwierigkeiten bestehen. In dem Zusammenleben, in der Auseinandersetzung über das Vergangene – das brauche ich hier im einzelnen nicht weiter zu vertiefen, da jeder weiß, was darunter zu verstehen ist. Das ist

wahrscheinlich in der Tschechei sogar noch komplizierter als in Polen. Aber das hat doch auch eine Rolle im Alltag gespielt. Immer im Hinblick auf den Vergleich der Alltagssituation in der damaligen DDR, im Vergleich zu Polen, dem „sozialistischen Bruder“, und im Vergleich natürlich auch im Hinblick auf die reale Existenz in der Sowjetunion. Das wäre also zunächst einmal eine Frage, Herr Lindenberger. Gibt es da schon irgendeinen Befund, den wir auch in den Mittelpunkt stellen könnten? Das heißt im Hinblick auf unsere Empfehlungen? Darauf kommt es letzten Endes immer wieder an, so daß wir in der zweiten Kommission ein Schwergewicht vielleicht darauf setzen könnten? Alltagserfahrung im Umgang mit den Nachbarn, was müßte hier verbessert werden, vor allen Dingen auch angesichts dessen, was sich in den Jahren bis 1990/91 in der DDR, was Polen und die Tschechei angeht, abgespielt hat. Danke schön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön Herr Professor Jacobsen, Herr Professor Mocek, bitte.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Professor Faulenbach hat die Kunst der Frage meisterhaft demonstriert und bei den Antworten den Mut zur Lücke gehabt. Und eine solche Frage möchte ich jetzt einmal aufgreifen und Sie bitten, die Antwort zu skizzieren. Sie fragten, ob Alltagsprobleme zur Delegitimation des SED-Regimes entscheidend beigetragen haben. Die meisten Ihrer Fragen ging ja in Richtung auf eine bejahende Antwort, aber das möchte ich hier eben mal erfragen. Wenn man das bejaht, dann hat das zwei Folgefragen. Ich behaupte, daß Alltag eben nicht nur eine Nische war, sondern aus sich heraus politisiert war? Würden Sie dem zustimmen? Zweitens, wie lange war denn die SED im Alltagsbewußtsein legitimiert? So Sie das nicht als Lapsus jetzt in der Diskussion negieren. An Herrn Maser habe ich die Frage, was der fünffache Mangel über 40 Jahre an den Menschen denn bewirkt, was er aus dem DDR-Bürger gemacht hat. Hat das spezifisch geprägt? Oder hat der Mangel eigentlich nur vorübergehende Handlungseinstellungen von Tag zu Tag dirigiert, aber eigentlich nicht einen Menschentyp geprägt. Danke.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ja, herzlichen Dank. Ich würde jetzt die Befragten bitten, all die Fragen zu beantworten, die an Sie gestellt sind. Der Einfachheit halber schlage ich vor, daß wir hier links außen bei Ihnen anfangen, Herr Dr. Lindenberger.

Dr. Thomas Lindenberger: Ich beginne mit der Frage von Herrn Vergin zu den regional unterschiedlichen Entwicklungen innerhalb der DDR. Wenn man das alltagsgeschichtliche oder sozialgeschichtliche Programm ausarbeiten würde, wäre einer der wichtigsten Punkte gerade diese von der SED beanspruchte Homogenisierung, die jetzt in Erinnerungen noch mal ein Stück weit auflebt, auch durch historische Forschung zu konterkarieren. Ich kenne verschiedene Forschungsprojekte, wo die Spezifik einzelner Regionen unterhalb der Bezirksebene, wie sie infolge bestimmter Investitionsprogramme, von Zuwanderungsprozessen in der unmittelbaren Nachkriegszeit oder durch Aufrechterhalten von, wie Sie angeführt haben, religiös-konfessionellen Enklaven,

sehr schön deutlich wird. Wenn man so will, hat so etwas als ein Widerlager zum homogenisierenden Projekt der SED gewirkt. Von der SED selbst initiierte Wandlungsprozesse haben dann einer Region ein spezifisches Gepräge gegeben, das sie vom Rest der DDR absetzt. Wie uns in unserem Institut bei Forschungen aufgefallen ist, kann man z. B. für verschiedene ländliche Regionen feststellen, daß die sehr starken materiellen Degenerationserfahrungen der 80er Jahre, die vor allem in Städten spürbar waren, dort so nicht empfunden wurden, sondern daß dort viele „Dörfler“ mit relativ handfesten Argumenten und aus ihrer Biographie heraus zeigen können, wie sie eigentlich erst in den 80er Jahren bei einem gewissen Minimum an Wohlstand angekommen sind. Das gilt für ehemalige Landarbeiterinnen, die in der Industrie arbeiten konnten, das gilt zum Beispiel für solche Strukturen, wie ich sie geschildert habe, die mit einer gewissen Modernisierung in den 80er Jahren zusammenhängen. Und ich glaube derartige Befunde sollte man sammeln, um dieses sehr pauschale Bild von der DDR, wonach irgendwann ab Anfang, Mitte der 80er Jahre überall alles gleichmäßig zusammengebrochen sei, zu differenzieren. Das führte nämlich auch zu bestimmten Einstellungen, lokalem Stolz, lokaler Selbstbehauptungserfahrung, die noch mit in die 90er Jahre hineingetragen werden, und die dann auch wiederum die Demokratisierung von politischen Strukturen nicht unproblematisch machen, weil man dann sozusagen ein Stück weit auf seinem Besitzstand sitzt und den auch nicht durchlässiger machen will, zum Beispiel für Außenstehende.

Das führt mich auch zu dieser Frage von Herrn Jacobsen, die ich sehr wichtig und interessant finde: Zum einen könnte ich jetzt darauf verweisen, daß in Frankfurt/Oder an der Viadrina ein umfangreicheres Projekt über die Grenzregion und ihre Geschichte durchgeführt wird. Erste Forschungsergebnisse weisen in die Richtung, daß natürlich zwischen der offiziellen Völkerfreundschaftsrethorik der SED und den tatsächlichen Möglichkeiten von Bürgern, davon selbst relativ eigenständig Gebrauch zu machen, immer eine Kluft herrschte, und daß entsprechende deutsch-polnische Begegnungen immer im Kampf gegen bürokratische und parteiamtliche Vorbehalte durchgeführt werden mußte. Das geht auch zusammen mit dem Befund, den ich schon als relativ allgemeingültig hinstellen möchte, über die minimalen Möglichkeiten durch „gesellschaftliche Aktivitäten“ im Nahbereich etwas verändern zu können, dort etwas in eigener Verantwortung „durchziehen“ zu können. Das war immer verbunden mit dieser strikten Abschließung des Bereichs, der überhaupt für den Einzelnen zugänglich und beeinflußbar war. Und das begünstigte von den Strukturen her nicht, daß man, wie man möglicherweise wollte, über die Grenze hinweg soziale Beziehungen aufbauen konnte. Wenn man die Erbschaft der DDR für die politische Kultur der neuen Bundesrepublik jetzt in diesen Regionen der früheren DDR werten und bilanzieren will und sich überlegt, was für Konsequenzen das hat, ist das meiner Meinung nach ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen erzeugten eine Art Parochialismus der kleinen Leute, und der kann sich, wo er überlebt hat, gegen Ausländer, gegen Angehörige anderer Nationalitäten genau

so richten wie die, die aus der nächsten Stadt kommen. Das sind Strukturen, die wir hier gerade in Brandenburg eher als auf dem Vormarsch befindlich wieder erleben, als daß sich da eine Art Lockerung der Verhältnisse ergeben hat.

Dann will ich noch kurz was sagen zum Problem „Verortung der Alltagsgeschichte“. Mit der Frage der Befunde und wie man zu konkreten Ergebnissen kommt, sind wir im Bereich von wissenschaftstheoretischen Erörterungen. Ich möchte mal als generelle Behauptung hinstellen, daß natürlich die Alltagsgeschichte insofern mit einem kritischen Impuls gegen ein bestimmtes Wissenschaftsverständnis angetreten ist, als daß sie gesagt hat, man kann nicht den gesamten historischen Prozeß auf eine eindeutige Kette von zentralen Daten und Ereignissen und Strukturen reduzieren, und sagen, an den drei, vier Umbruchsituationen hat sich sozusagen der ganze Rest entschieden. Von einem anderen Wissenschaftsverständnis her kann man auch sagen, man lernt sehr viel aus der Geschichte, wenn man in der Lage ist, ein differenziertes Tableau von verschiedenen Gemengelagen von Politik und Alltag zu erstellen, das sich nicht auf derart eindeutige Schlüsselereignisse oder Schlüsselbegriffe zurückführen läßt. Das ist in der Darstellung etwas umständlicher, ist auch in der Aneignung etwas umständlicher, aber ich glaube, die Verhältnisse, gerade was jetzt das „Nachleben“ der DDR betrifft, sind so kompliziert. Wir werden da keinen glatten Schnitt finden, wo wir dann mit drei Handgriffen das ganze Problem darstellen können. Es ist eine Frage von wissenschaftstheoretischen Überlegungen, wie man überhaupt Geschichte als historischen Prozeß darstellen soll. Und bei Alltagsgeschichte wird das etwas mehr in der Art von feinen Abstufungen, grau in grau, getan, und nicht einfach durch die Benennung von drei, vier großen Ereignissen, die einem den Schlüssel oder den Zugang zu den letzten 40 Jahren geben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Lindenberger. Jetzt bitte Professor Faulenbach.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, das war eine ganze Reihe von Fragen, die sich zwar berühren, aber keineswegs kumulativ behandelt werden können. Ich muß sie deshalb der Reihe nach abarbeiten. Zunächst zur Frage von Kowalczuk. Das liegt meines Erachtens zu einem Teil an der Tatsache, daß wir uns nach 1989/90 zunächst einmal bemüht haben, Fragen des politischen Systems und der politischen Verantwortlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Wir haben uns vorrangig mit Tätern und Opfern beschäftigt. Sozialgeschichtliche Fragestellungen haben wir zwar zum Teil schon gesehen, sind in dieser Richtung im Aufarbeitungsprozeß jedoch noch keineswegs weit vorangeschritten. Ich sehe da einen ausgesprochenen Forschungsbedarf, so daß sich gegenwärtig vielfach nur Hypothesen formulieren lassen, doch keine tragfähigen Antworten. Natürlich hat Herr Lindenberger Recht, daß Alltag eine Kategorie ist, bei der man schon sehr viele Studien braucht, um auf einer höheren Ebene wieder zu einer Synthese zu kommen. So weit sind wir im Forschungsprozeß gegenwärtig vielfach noch nicht.

Sie haben weiter nach der „durchherrschten Gesellschaft“ gefragt. Man mag über die Wortbildung geteilter Meinung sein, doch ist diese Begriffsbildung der Versuch zu sagen, daß die DDR-Gesellschaft nicht ausschließlich Ausfluß des Parteiwillens war. Die SED hat starken Einfluß gehabt, sie hat die Gesellschaft geprägt, sie hat versucht, sie zu „durchherrschen“, aber es gab daneben durchaus Phänomene, die nicht einfach als Ausfluß der Politik der SED begriffen werden können. Deshalb „Durchherrschung“ der Gesellschaft: die DDR-Gesellschaft war nicht ausschließlich eine Funktion des SED-Systems, obgleich der Parteiwille die Gesellschaft durchdrang. Vielleicht haben wir andere Begriffe zu finden, doch entspricht der Begriff dem gegenwärtigen Diskussionsstand, nach dem wir sagen können: manches war nicht unmittelbar vom Parteiwillen her ableitbar. Vergegenwärtigen wir uns doch die Situation 89/90. Diese Prozesse müssen ja eine Vorgeschichte und Ursachen haben, es müssen Potentiale dagewesen sein, die sich vorher gebildet haben, damit es zu diesen Vorgängen im Herbst 89 kam. Auch in den Verhaltensmustern der Menschen müssen Prägungen vorhanden gewesen sein, die nicht ohne weiteres vom Parteiwillen ableitbar sind, vielmehr sich allenfalls in einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem gebildet haben können.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Kowalczuk, bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich habe ganz bewußt nach dem Unterschied zu dem Begriff der totalitären Gesellschaft nachfragen wollen. Jetzt frage ich noch konkreter, wo der Unterschied der totalitär verfaßten Gesellschaft zu dem Begriff liegt, den Ludz in den 60er Jahren einführte.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Im Vergleich zum Totalitarismus-Begriff wäre der Begriff „durchherrschte Gesellschaft“ eine offenere Begriffsbildung, die die Hypothese enthält, die ich versucht habe zu benennen. Die Totalitarismustheorie neigt in den konkreten Ausformungen dazu, die Gesellschaften praktisch als Resultat eines totalitären Willens zu sehen. Wir sind bei der Erforschung des Nationalsozialismus, auch anderer Systeme, zu dem Ergebnis gekommen, daß der politische Wille totalitärer Herrschaft in der Gesellschaft teilweise gebrochen wird. Im Dritten Reich liefen in der Gesellschaft Prozesse ab, die vom politischen System nicht von vornherein geplant waren. Wir können dieses auch bezogen auf die Sowjetunion und auch auf die DDR sagen. In diesem Sinne möchte ich diesen Begriff bringen. Man kann, lieber Kollege Jacobsen, nach einem noch besseren Begriff suchen. Ich verwende ihn so lange, bis wir nicht einen treffenderen entwickelt haben.

Zweite Bemerkung, Kollege Wilke; die Rolle der Sowjetunion, keine Frage, ist von vielen Menschen über lange Zeit im Alltag mehr oder weniger als die einer Besatzungsmacht empfunden worden, die Unterschiede zum Westen sind offensichtlich. Die Distanzen zwischen den Sowjetmenschen und der Bevölkerung waren trotz der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ und ähnlicher Einrichtungen wohl beträchtlich. Die Hypothese, daß die Sowjetunion die ganze Zeit über den Charakter einer Besatzungsmacht nicht völlig los geworden ist, scheint begründet. Auf dem Hintergrund der Distanzen können

wir als Historiker sagen, daß der „Verwestlichung“ der westdeutschen Gesellschaft keine vergleichbare „Veröstlichung“ der östlichen Gesellschaft entspricht. Ich möchte im übrigen hier ungerne in eine Systemvergleichsdebatte eintreten, die sollten wir bei anderer Gelegenheit führen. Die Frage des Aufeinanderfolgens verschiedener Systeme ist natürlich für die Gesellschaft, auch auf der Ebene des Alltags bedeutsam. Was bedeutet es über Epochengrenzen hinweg, daß die Menschen die gleichen geblieben sind: zwar brechen Weltbilder zusammen, doch bleiben Mentalitäten über Epochengrenzen erhalten. Das gilt für alle Gesellschaften, auch für die westlichen und läßt sich auch im Hinblick auf die Epochenwende von 1989/90 sagen. Mentalitätswandel vollzieht sich in längeren Prozessen. Bezogen auf die SBZ/DDR nach 1945 bedeutet dies, daß das SED-System zwar von seinem Selbstverständnis her konträr zum NS-System stand, gleichwohl an bestimmte Verhaltensmuster im Nationalsozialismus angeknüpft hat. Die SED hat bestimmte Orientierungen obrigkeitlicher autoritärer Art und andere genutzt. Daß auch in der Sicht der Bevölkerung die Systeme nicht so unterschiedlich waren, haben schon Niethammer und seine Mitarbeiter vor der „Wende“ festgestellt: die ältere Generation verwechselte manchmal die Begriffe für Großorganisation der NS-Zeit und der Nachkriegsperiode, was darauf hindeuten könnte, daß in durchorganisierten Gesellschaften mit großen Massenorganisationen die Alltagserfahrungen einander teilweise ähneln. Die Frage nach der Kontinuität in den mentalen Verhaltensmustern ist selbstverständlich auch für den Westen über die Zäsur von 1945 hinweg relevant; sie ist vielfältig diskutiert worden. Vieles spricht dafür, daß manches sich auch in Westdeutschland erst in den 60er und 70er Jahren verändert hat; die Veränderungen vollzogen sich in einem längeren Prozeß.

Dann zu der Frage von Herrn Mocek zum Zusammenhang von Alltagsproblemen und Legitimationsproblematik. Natürlich haben die Rahmenbedingungen, die normative Kraft des Faktischen, für das SED-System eine wichtige Rolle gespielt. Was die Relevanz der Alltagsfragen angeht, so waren sie für das System so wichtig, daß auch sehr konkrete Fragen dieser Art im Politbüro behandelt wurden. Vieles hat ja nicht funktioniert, so daß in den 80er Jahren der Eindruck allgemeiner Stagnation, auch in der Alltagswirklichkeit entstand. Die Frage der Zukunftsfähigkeit dieses Systems ist auf diesem Hintergrund für manche zu einem Problem geworden. Insofern haben Alltagsfragen im Prozeß der Destruktion des SED-Systems eine Rolle gespielt. Und diejenigen in Westdeutschland, die mit Hinweis auf die Bananen sich über DDR-Verhaltensmuster lustig gemacht haben, verkannten, daß die Frage des Lebensstandards eine absolut „legitime Frage“ ist. Ein System, das bestimmte als wichtig betrachtete Bedürfnisse nicht erfüllt, kann die Frage nach alternativen Systemen nahelegen, seine Legitimität kann gefährdet sein. Das System im Westen schien jedenfalls bestimmte Leistungen zu erfüllen, die das System der SED nicht erfüllte. Als Ende 89 die Situation vergleichsweise offen war, da schlug der Ruf „Wir sind das Volk“ in „wir sind *ein* Volk“ um. Nochmals: aus der Alltagssituation gespeiste Beweggründe für den Systemwechsel waren keineswegs illegitim.

Verwandtschaftsbeziehungen und andere Beziehungen spielten im Geflecht der DDR eine erhebliche Rolle als System gegenseitiger Hilfe. Auch der Kommunikationszusammenhang mit dem Westen war ein bedeutender Faktor, auch aus der Sicht des Systems, das Westverwandte als „Risiko“ betrachtete. Übrigens waren die Verwandtschaftsbeziehungen auch für den Westen bedeutsam: Große Teile der Bevölkerung der Bundesrepublik, die keine Verwandten in der DDR hatten, wußten von der DDR sehr viel weniger als diejenigen, die Verwandte hatten. Möglichkeiten, sich gegenseitig zu besuchen, haben erheblich zur Kommunikation, zu Verbindungen und Verbundenheit, auch zum Zusammenhalt der Nation beigetragen. Insofern sind die verwandtschaftlichen Beziehungen ein bedeutender Faktor in den Ost/Westbeziehungen gewesen. Schließlich, was die Medien angeht, Fernsehen und Radio waren überaus bedeutsam. 1988 hörte ich in Thüringen von mir ganz unbekannten Sendungen des Hessischen Rundfunks, die offenbar regelmäßig gehört wurden. Aus dem Deutschlandfunk und von anderen Sendern wurden bestimmte Informationen bezogen. Wesentliche Teile der Bevölkerung nahmen mehr oder weniger an dem Geschehen in der Bundesrepublik teil.

Auf die letzte Frage, was wir im Hinblick auf die Gegenwart zu folgern haben, werden wir in der Schlußdiskussion sicher noch eingehen. Hier nur dies: Es geht zunächst einmal darum, den jeweiligen Alltag mit seinen Erfahrungen kennenzulernen und über die Bedeutung dieser Erfahrungen zu reden. Zu lernen, die Erfahrungen der anderen zu respektieren, dürfte bedeutsam sein. Schönen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Ich bitte alle, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir noch 25 Minuten haben für die Antworten auf die gestellten Fragen und für die noch zu stellenden Fragen. Darum würde ich gerne mit Ihrem Einverständnis fragen wollen, ob sich noch jemand auf die Rednerliste einschreiben möchte, und sonst die Rednerliste schließen und dem Professor Maser das Wort geben.

Prof. Dr. Peter Maser: Ich möchte zunächst ganz kurz noch einmal etwas zum Begriff der durchherrschten Gesellschaft sagen, über den ja nun schon einiges in der Diskussion gesagt wurde. Man muß sich natürlich fragen: Mit welcher Absicht wurde ein solcher Begriff in die Debatte eingeführt? Was soll er leisten? Was soll er möglicherweise auch ausschließen? Daß es auch im totalitären System immer Winkel, Ecken, Schichten usw. gegeben hat, wo die Anforderungen nicht hundertprozentig erfüllt wurden, ist eigentlich eine Banalität. Bei der Beschreibung des Alltags im Rahmen einer totalitären Gesellschaft geht es doch immer darum, inwieweit das Verhalten der Menschen nach außen und innen, insbesondere aber gegenüber den Machthabern, in unterschiedlichen Erscheinungsformen bestimmt, verpflichtet und geprägt wurde. Das alles ist Leben und Alltag: der Karnickelzüchterverein, die Kirchengemeinde und dies und das bis hin zu Familie, Freundschaft, Nachbarschaft. Aber so allgemein gebraucht ist der Begriff nicht ausgesprochen erkenntnisfördernd.

Herr Kollege Mocek hat danach gefragt, wie das weiterwirkt und wie das spezifisch geprägt hat. Und Herr Kollege Faulenbach hat eben über die Schwierigkeiten gesprochen, die wir mit diesen Nachwirkungen haben. Ich schaue die ganze Zeit auf die Wand gegenüber, die für das Publikum also die Rückwand ist. Dort kann man gerade eben noch sehen, daß da einst ein großes Bild in der Mitte gehangen hat. Ich überlege mir: Wer wird da wohl dargestellt gewesen sein? Ich weiß nicht, ob über den Türen möglicherweise nur banale Lautsprecher gehangen haben oder vielleicht kleinere Bilder neben dem großen in Mitte. Irgendwie ist diese Wand für mich ein Symbol dafür, wie der Alltag der für uns langsam zum Schatten wird. Wir müssen uns heute fragen: Was bedeuten uns diese Schatten? Wie wirken sie in unsere Gegenwart noch immer hinein? Ich glaube, um das hier so etwas thesenhaft und einfach zu sagen: Wenn die DDR hier als materielle Mangelgesellschaft beschrieben worden ist, dann dürften zu den prägenden Folgen auch zunächst der Kaufrausch nach der Währungsunion und dann die bis heute anhaltende Verunsicherung in der Konsumgesellschaft gehören, die großen Schwierigkeiten also, sich in dem Überangebot der Überflußgesellschaft zu orientieren, damit umzugehen und eine gewisse Gelassenheit zu entwickeln – das wird alles Zeit brauchen. Das sind Auswirkungen und Nachwirkungen der DDR-Mangelgesellschaft.

Das kann man natürlich auch noch auf einer ganz anderen Ebene beobachten, die meines Erachtens sehr viel schwieriger ist. Ich meine die Probleme im Umgang mit der Vielfalt der Demokratie, dem Pluralismus einer freien Gesellschaft und auch mit dem Rechtsstaat. Diese haben auch etwas damit zu tun, daß man es so ganz anders über Jahrzehnte hin erlebt hat. Auch diejenigen, die die totalitäre Durchherrschung zunächst als Zumutung empfunden haben, nehmen inzwischen das Angebot der Freiheit als Anstrengung wahr, mit der sich nicht gut umgehen läßt. Das hat auch etwas mit dem Problem der Konfliktfähigkeit zu tun. Wenn Anpassung das einfachste Verfahren war, um den Anforderungen von außen her zu entsprechen, dann erlernte man nicht die Fähigkeit, Konflikte durchzuhalten, diese überhaupt erst einmal zu begreifen und sie dann auch durchzustehen.

Weiterwirkende Prägungen der Mangelgesellschaft und der Alltagswirklichkeit der DDR sehe ich auch im kulturellen Bereich. Auch hier gibt es das Problem des Überflusses, auch das des Überflusses an Informationen. Es ist ja nicht nur die Folge einer raffinierten Strategie irgendwelcher im Geheimen wirkenden Mächte, wenn sich die alten SED-Bezirkszeitungen in den neuen Bundesländern so glanzvoll gehalten haben. Das hat selbstverständlich auch damit zu tun, daß solche großen Zeitungen wie die FAZ, die Süddeutsche und welche man da auch immer nennen könnte mit ihrer Informationsfülle noch immer als Zumutung empfunden werden, mit der man noch nicht umgehen kann. Wobei ich zu allen diesen Beobachtungen auch dieses noch sagen möchte: In der wirklich jungen Generation der neuen Bundesländer sieht das alles schon wieder ein ganzes Stück anders aus!

Ein Wort noch zu den großen historischen Daten und deren Einfluß auf die einzelnen Lebensläufe, auf die Alltagserfahrungen der Einzelnen. Ich glaube schon, daß man es oft an einzelnen Daten festmachen kann und daß sich mit diesen oft eine grundlegende Veränderung des Lebensgefühls verbunden hat. 1953 wurde eben deutlich gemacht, daß das Regime im Ernstfall auch bereit ist, auf seine Menschen schießen zu lassen. Und jeder, der 1961 schon bewußt miterlebt hat, weiß, wie damals biographische Perspektiven in einer solch grundlegenden Weise verändert wurden, daß das bis ganz tief in den Alltag hineingewirkt hat. Bis 1961 sagten wir uns: „Herrgott, wenn du aus der Oberschule rausfliegst, ist das Problem ja nicht ein so wahnsinnig großes. Die Fahrkarte nach Berlin kostet ein paar Mark fünfzig, und dann geht es eben woanders weiter.“ Und dann war diese Aussicht plötzlich verschlossen! Und 1968 ist verbunden mit der Erfahrung einer grundlegenden, tiefen Enttäuschung darüber, daß auch dieser Versuch, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu verwirklichen, durch die Truppen des Warschauer Paktes abgebrochen wurde. Damals haben sich viele innerlich und äußerlich verabschiedet aus allem Mitdenken darüber, was aus dieser Gesellschaft noch werden könnte. Die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki hat dann wieder neue Perspektiven eröffnet. Wenn man die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR durchbuchstabiert, wird man dieses Datum mit hereinnehmen müssen. Da hat es für viele einen neuen Ansatzpunkt gegeben. Da konnte man mit der berühmten Ausgabe des Neuen Deutschland zu den Behörden hingehen und sagen, auch wenn man angebrüllt wurde: „Ja, ihr lieben Leute, auch ihr habt unterschrieben. Und ich bin ein Bürger dieses Staates, der das mit unterschrieben hat.“

Zu den weiterwirkenden Prägungen gehört zum Schluß auch, daß die Einschätzung des Sozialismus als prinzipielle Möglichkeit der Lösung gesellschaftlicher Probleme immer noch auch davon bestimmt wird, daß es in der DDR neben aller Abweisung des „realen Sozialismus“ auch eine verbreitete Hoffnung gegeben hat, irgendwie und auf irgendeine Weise müsse doch dieser Sozialismus „verbesserlich“ sein. Um diesen Begriff des „verbesserlichen Sozialismus“ aus allerlei Kirchenpapieren hier nochmals aufzunehmen: 1989/90 ist er zunächst einmal gewissermaßen beurlaubt worden, aber in dem Maße, in dem wir jetzt mit allen möglichen sozialen und sonstigen Problemen zu kämpfen haben, wirkt auch diese Prägung weiter. Es gibt durchaus ernstzunehmende Menschen, die erneut darüber nachzudenken versuchen.

Ein allerletztes noch: Auch in dem Umgang mit Lebensläufen, Berufsaussichten usw. sehe ich noch manche nachwirkenden Erscheinungen. Die 40jährige Prägung durch die DDR-übliche Berufslenkung hat im Blick auf die heute erforderliche Mobilität gewiß ihre Auswirkungen, wenn man sich etwa die Daten zur Lehrstellen- und Arbeitsplatzvermittlung anschaut. Das hat dann sehr viel damit zu tun, daß die Eltern derer, die heute Lehrlinge werden sollen, es eben gewohnt waren, ortsnah eine Berufsausbildung zugewiesen zu bekommen. Die neuen Anforderungen zu begreifen und aufzunehmen, das fällt dann einfach noch schwer.

Ich möchte zum Schluß sagen: Wir müssen bei allen unseren Betrachtungen auf dem Teppich bleiben! Wir sind im achten Jahr nach der deutschen Wiedervereinigung. Wenn man sich einmal klar macht, was in dieser Zeit von den Menschen in den neuen Bundesländern politisch, moralisch und mental verlangt worden ist, dann soll man die Erwartungen und Forderungen auch nicht zu hoch spannen, sondern mit den Menschen rechnen, wie sie nun einmal sind. Daß die Dinge innerhalb dieses historisch so kurzen Zeitraumes, selbst im Rahmen einer Biographie kurzen Zeitraumes noch nicht zu Bestergebnissen geführt haben, darf uns doch nicht verwundern.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Ludwig bitte.

Andreas Ludwig: Ja, bei mir wird es etwas kürzer. Ich habe nur eine Frage zu beantworten. Zunächst die Nachfrage von Herrn Kowalczuk nach den Finanzen. Das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR ist eine städtisch getragene und finanzierte Einrichtung, insofern, Sie kennen die öffentlichen Haushalte, mit äußerst knapper finanzieller Ausstattung. Es ist so, daß vieles von dem, was wir uns vorgenommen haben, aus finanziellen und in erster Linie aus personellen Gründen überhaupt noch nicht leistbar. Einiges von dem, was ich gesagt habe, ist deswegen Zukunftsmusik oder erst in Ansätzen realisiert. Wie man den Nachrichten entnehmen konnte, beschäftigen Sie sich sehr intensiv mit der Überlegung der Gründung einer Stiftung zur Bearbeitung der DDR-Geschichte. Aus unserer Sicht eines Museums kann ich diese Initiative nur sehr begrüßen, denn es würde einer Institution, nicht nur unserer, auch vielen anderen, helfen, mit den Ansprüchen, die an sie gestellt werden besser zurecht zu kommen und vor allem langfristig zu arbeiten. Die Fragen, die sich auf die gezeigten Inhalte der gestrigen Ausstellung bezogen: In der Tat ist diese Ausstellung – gemeint ist die Ausstellung „Offenes Depot“ – ein ganz kleiner Ausschnitt aus dem vielen, was vorhanden ist. Sie haben gestern in massiver Drängung 4.000 Objekte gesehen, 35.000 sind ungefähr im Depot. Darunter befindet sich vieles, was politische Zusammenhänge direkt und indirekt erschließen läßt.

Die Frage nach der Militarisierung der Gesellschaft, die eine ganz zentrale ist, findet sich natürlich auch in der Objektwelt wieder. Und das ist nicht nur der Panzer oder das Armeefahrzeug, was im Kindergarten stand und dann je nach den ideologischen Schwerpunkten der Erzieher und Erzieherinnen im Erziehungsalltag eingesetzt oder nicht eingesetzt wurde, sondern sehr viel tiefgründiger auch in der Ausprägung bestimmter Gegenstandsgruppen in einer doch, stärker als im Westen, militarisierten Gesellschaft einfach vorhanden ist.

Die Frage der politischen Bedeutung der Alltagsobjekte, die dahinter steht, erschließt sich natürlich nicht so leicht, als wenn man Dokumente zum politischen Leben liest. Natürlich gibt es in den Sammlungen des Dokumentationszentrums hier neben anderen Museum direkt politische Dokumente, vom „Dokument“, d. h. dem Parteibuch, bis hin zur politischen Broschüre ist vieles da, aber wesentlich erscheint mir im Bereich der Alltagskultur nach den indirekten Hinweisen, nach den versteckten Hinweisen der Politisierung der DDR-Ge-

sellschaft zu fahnden, und auch nach der Selbstinterpretation dieses von den DDR-Bürgern durchaus als politisch und politisiert begriffenen Lebens zu suchen. Es ergeben sich viele Ansatzpunkte der Befragung und Selbstbefragung. Es kommt durchaus darauf an, in welchen Zusammenhängen Objekte an das Museum abgeliefert werden. Es ist ganz wichtig, ob man ein Paket mit Büchern aus dem Dietz-Verlag oder aus der Evangelischen Verlagsanstalt bekommt. Das sind ganz offensichtliche Hinweise. Es ist auch äußerst interessant, ein ganz landläufiges Geschäftsnotizbuch des Jahres 1990 zu erhalten, in dem nur eine einzige Eintragung drin steht: 29.01. – SED Kreisleitung. Offensichtlich hat dieser langfristig angesetzte Termin die Ereignisse nicht überstanden, und das Buch ist gleich mit der Wende abgeschafft worden. Es sind die feinen Unterschiede nach Bourdieu, die feinen Hinweise, denen man mit dem Umgang mit Dingen als Museums als Betrachter umgehen lernt. Schenkungen der Bevölkerung an das Museum sind Selbstaussagen massivster Art, eine Reminiszenz an die eigene Jugend, die als historisch bewahrenswert in ihrem Zeitgeist gilt, eine Dokumentation des beruflichen Alltags eines Menschen in gegenständlichen Zeugnissen, dokumentiert. Es ist oft eine Lebensbilanz, die dem Museum anvertraut wird, die natürlich auch früher als 1989 enden kann. In einem konkreten Fall ging es darum, daß jemand sein berufliches Programm der Erziehung zur Wohnkultur dem Museum übergeben hat. Dieses berufliche Leben bricht an diesem Punkt 1971 ab. Es heißt für uns zu fragen, was hat den Schenker bewogen, dort eine Zäsur in seinem beruflichen Leben zu sehen. Und wenn man weiß, daß er vorher eine kulturelle Zeitschrift geleitet hat, und hinterher in einer Normungsabteilung gelandet ist, dann ist das in der Tat eine sowohl alltagsgeschichtliche wie auch politikgeschichtliche Aussage, die allerdings erst aus den Objekten dekodiert werden muß.

Wenn Sie nach den Perspektiven der Arbeit im Dokumentationszentrum fragen, würde ich zwei Punkte wählen: Einmal die Wissenschaft als solide Gründung der Bearbeitung musealer Objekte. Hier besteht aus den genannten finanziellen Gründen ein erheblicher Nachholbedarf. Zum zweiten der Punkt des Experiments: Wenn ich träumen dürfte, würde ich mir vorstellen, daß ich ein Wissenschaftler, einen Museumsmenschen und einen Künstler ein halbes Jahr hier zu Gast hätte, um zu einem bestimmten Thema des DDR-Alltags ein halbes Jahr zusammen zu arbeiten, und dem Publikum eine Ausstellung, ein Produkt zur Diskussion vorstellen könnte, d. h. interdisziplinäre Arbeit in der Diskussion mit dem Menschen.

Alltagsgeschichte ist vor allem ein Perspektivwechsel, den ich im Augenblick für das Wesentliche halte. Darüber ist zu reden, sowohl von den Ostdeutschen wie auch von den Westdeutschen, und zwar nicht nur über jeweils das andere Land, sondern auch über das eigene. Deswegen ist Alltagsgeschichte auch als Diskussionsangebot der gegenseitigen Selbstverständigung.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Ludwig. Der nächste ist Professor Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe nur zwei Fragen bzw. Anmerkungen. Herr Lindenberger hat meines Erachtens zurecht darauf verwiesen, daß der Alltag mit der Politik verknüpft ist. Ich will noch weiter gehen und sagen, in diesem konkreten Fall ist Alltagsgeschichte nicht so starr von den Herrschaftsstrukturen abzugrenzen, wie das manchmal gemacht wird. Das hängt viel enger beisammen. Das zeigt sich an Beispielen, die ich bringen will. Das erste ist, Prof. Faulenbach verweist auf das Politbüro, Beschlüsse und Dokumente. Es ist ja hier Alltag nur unter dem Gesichtspunkt zu sehen, für die Führung, deren Methoden, daß sie die Wirtschaft voran bringen will. Das ist eine der drei Methoden, wenn man es generalisieren will. Das kann man Neutralisierung nennen. Neben der Repression, dem Zwang, und neben der ideologischen Indoktrination, ist das dritte Moment, zu versuchen – wie in anderen Systemen auch – einen möglichst großen Teil der Bevölkerung neutral zu halten, damit der nicht gegen das System eingestellt ist. Dazu brauche ich natürlich bestimmte Voraussetzungen, vor allem eine funktionierende Wirtschaft, die den Alltag erträglich macht. Und da das nie geklappt hat, war Neutralisierung immer ein Schwachpunkt. Daher ist auch von der Herrschaftsmethode her der Alltag ganz wichtig, aber im Sinne eben von: Wie kann ich hier eingreifen, diese Neutralisierung zu erreichen? Das zweite ist die Generationsspezifik. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist der objektive Befund. Selbstverständlich muß ich in verschiedenen Phasen auch sehen, daß der Alltag unterschiedlich ist. Die Überlebensfrage von 1945 bis 47 war in ganz Deutschland die gleiche, und sie hat natürlich den ganzen Alltag gleich gestaltet. Es kommt hinzu, daß das nicht das einzige war, sondern dann kommt das politische System, dann kommt die Besatzungsmacht mit ihrer rigiden Politik, die natürlich auch sofort auf diesen Alltag zurückwirkt. Es ist also ein mehrfaches, was man in dieser Phase sagen kann. In den 50er Jahren wird das anders. Also die frühe Hoffnung, im kulturellen Bereich, daß hier wirklich etwas Neues kommt, verschwindet in dem Maße, in dem diese Repression stärker wird. Und wenn man dann die 60er Jahre nimmt, wo in der Wirtschaft neue Hoffnungen geweckt werden, sieht das objektiv natürlich dann auch anders aus, wie etwa in den 80er Jahren, wo nur noch von der Substanz gelebt wurde, und das Ganze untergeht. Man kann das nicht an der Generation festmachen, man kann genauso zeigen, daß es objektive Gründe sind, die es zu berücksichtigen gilt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Als nächster stehe ich auf der Frageliste. Ich möchte noch einmal nach dem von Ihnen gebrauchten Begriff „Erziehung“ nachfragen, Herr Dr. Lindenberger, zu der Bemerkung, daß die Regierenden versucht haben, die in der DDR Wohnenden zu erziehen. Ich hätte in diesem Zusammenhang an Sie und an Herrn Professor Maser eine Frage. Was bedeutet das für das Alltagsleben, für die Alltagserfahrung von Menschen, wenn Sie den Eindruck haben, sie werden da von Leuten regiert, die in der Position der alles besser Wissenden sind, Robert Havemann hat mal vom „Institut für ewige Wahrheiten“ gesprochen, und er hat damit eine bestimmte Gruppe von Menschen gemeint. Aber bezogen auf den wissenschaftlichen Anspruch, dem ideologischen Über- und Unterbau, hatte die SED-Führung die Überzeugung:

Wir haben die Erkenntnis der Geschichte begriffen, und wir können euch sagen, wie es weitergehen muß, damit wir alle glücklich werden können. Das ist aber nicht nur das Denken einer bestimmten Elite gewesen, die sich als Avantgarde ansah und bezeichnete, sondern mehr oder weniger intensiv auch das Bewußtsein von erheblichen Teilen der Mitglieder in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Und dann hat es die Dummerchen gegeben, im günstigsten Fall die Auszubildenden, die Schüler, die von dieser Avantgarde nun lernen können. Was hat denn das für das Verhältnis der beiden zu tun? Wie wirkt sich das auf die Menschen aus, auf die einen, die meinen: „Wir sind im Besitz der Wahrheit“, und auf die anderen, die dachten: „Wir sind im günstigsten Fall auf dem Wege dahin“. Was bedeutet das für heute? Mich würde interessieren, ob es da Erkenntnisse gibt. Der nächste ist der Herr Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Herr Vorsitzender, ich möchte auf ein spezifisches Problem kommen, das die deutsch-deutschen Verhältnisse betrifft. Wenn wir von Alltag reden, dann denken wir zuerst an die Bürger der ehemaligen DDR. Das sind eigentlich die, die dageblieben sind. Es sind ja über 3 Millionen in dieser Zeit gegangen. Das sind mehr als 15 Prozent der Bevölkerung. Wenn man nach der Alltagserfahrung fragt, darf man die keinesfalls vergessen. Die haben auch ihre Wahrnehmungen des Alltags gehabt. Das zweite ist die Frage: Was bedeutet das jetzt für die Forschung, für den Alltagszusammenhang? Was bedeutet der Weggang dieser 15 Prozent? Das sind ganz bestimmt Lebensgeschichten. Leute mit ganz bestimmten politischen Einstellungen und Erfahrungen sind weggegangen, und das bringt natürlich Brüche hinein. Ich habe Dörfer in Mecklenburg vor Augen, wo dann in den 50er Jahren durch Bauernlegen fast alle weggegangen sind. Das hat auf den Alltag grundlegend gewirkt, das hat einen ganz tiefen Einbruch hinterlassen, das ist nicht mehr die alte Kultur, diese ist zerbrochen. Das muß man auch für andere Bereiche ganz deutlich mit wahrnehmen. Das heißt, die DDR ist nicht nur das, was geblieben ist, sondern das andere, was gegangen ist, gehört dazu. Man muß das in Relation setzen, auch bei der Alltagserfahrung. Es sind da sozusagen Traditionszusammenhänge, Überlieferungen, Dinge zerbrochen. Und das kam hier bisher noch nicht so deutlich herüber, denn meines Erachtens gehört das natürlich zur politischen und der Repressionsgeschichte, aber das hat eine ganz enorme Bedeutung für die Wahrnehmung, wenn entsprechende kulturelle politische Eliten nicht mehr da sind, die mithelfen, die Wirklichkeit zu interpretieren, das Alltagsleben zu gestalten. Da geht Wichtiges verloren, und wenn dies durch ideologische Maßnahmen begleitet ist, die diese Tradition, diese Umfelder tabuisieren, dann geht noch mehr verloren. Und das ist eine Frage, was da an Immunisierung des SED-Regimes im Alltag auch noch bis heute übrig geblieben ist. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Der Letzte ist der Kollege Hilsberg. Bitte schön.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Herr Professor Maser, Sie haben eingangs gesagt, Mängel waren nur zu ertragen, weil es den anderen auch nicht besser ging. Ich will das mal hinterfragen. Ich glaube, daß das nicht reicht. Wir haben

es hier mit einem Erduldungsphänomen zu tun, man kann auch sagen, Anpassungsphänomen. Der Hintergrund war doch der, daß man nicht in der Situation war, Verantwortung für diesen Mangel zu tragen, weil man sich auch mit dem System selbstverständlich nicht identifizierte. Aber hatte dieser Umstand, daß man dafür eigentlich keine Verantwortung trug, nicht auch etwas Süßliches, Verführerisches an sich? Etwas, das das Leben in diesem System im Grunde genommen auch erträglich gemacht hat, indem man sich hervorragend tummeln konnte, man konnte seine Scherze, seine Witze darüber machen. Und man hat etwas ganz Wichtiges überhaupt nicht wahrgenommen, was in der offenen Gesellschaft zu einem verantwortlichen Bürger dazugehört, nämlich sich verantwortlich zu fühlen für diese Öffentlichkeit und für dieses System, was da sichtbar für alle den Bach herunterging. Die zweite Frage an Dr. Lindenberger: Wie verträgt es sich eigentlich, wenn Sie auf der einen Seite sagen, daß es in den 50er Jahren eine relativ höhere Identifikation mit dem System gegeben hat.

Zwischenruf: Dr. Thomas Lindenberger: Das habe ich nicht gesagt.

Sie relativierten aber an dieser Stelle. Ich habe es so empfunden. Aber ich will diese Frage auch von Gutzeit aufgreifen. Wir haben relativ hohe Auswanderungszahlen, 3 Millionen, die die DDR verlassen haben. Da kommt dann noch hinzu, daß ja der Wunsch nach einem Öffnen der Mauer auch gerade die junge Generation permanent begleitet hat, sie konnten sich nur selten artikulieren. Aber beispielsweise bei einer Demonstration anläßlich eines Rockkonzertes, das 1987/86 vor dem Berliner Reichstag erscholl, gab es Rufe: „Die Mauer muß weg!“ Das ist das eine, und die zweite Frage ist der autoritäre Anspruch, der Gestaltungsanspruch des Staates. Das stieß im gewissen Sinne in den 50er Jahren auch auf eine Erwartungshaltung. Wie verträgt sich das eigentlich mit den politischen Forderungen des Aufstands vom 17. Juni, die ja sehr deutlich in politischen Forderungen mündeten, nach freien Wahlen, nach demokratischen Grundrechten. Und solche Forderungen lassen sich nur vor dem Hintergrund verstehen, daß man eine solche Erwartungshaltung nicht hatte, sondern daß man sich emanzipieren will.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Herr Dr. Lindenberger, ich würde Sie bitten, zu beginnen.

Dr. Thomas Lindenberger: Wissenschaftler versichern die Akzeptanz der Tatsache, daß es so etwas wie ein Versorgungsprinzip gibt, und noch nicht den krassen Wechsel zum Marktprinzip, wo jeder auf sich selbst gestellt ist, um sich die alltäglichen Güter für seinen Bedarf zu besorgen. Das ist nicht identisch damit, daß man den Preis, den man politisch dafür zahlen sollte, in der DDR so akzeptiert hat. Der 17. Juni faßt die Verweigerung, diesen Preis zu zahlen, zusammen, weil die Leute gesagt haben, erstens stimmt das vorne und hinten nicht, auf der materiellen Seite, und zweitens, nicht unter diesen Bedingungen. Dadurch, daß in diesem Aufstand der Adressat so eindeutig die DDR-Regierung war, und die Reaktion der DDR-Regierung darauf in den Folgejahren ja durchaus die war, genau zu wissen, daß von dort aus, von der Versor-

gungsfrage her, das Staatsgefüge am stärksten bedroht werden konnte, hat sich dadurch natürlich eine solche gegenseitige Erwartungshaltung stabilisiert. Die Regierung war dafür zuständig, Verteilung zu organisieren. Das Versorgungs- oder Zuteilungsprinzip sollte als das Paradigma in allen materiellen Beziehungen der Gesellschaft das Marktprinzip stetig zurückdrängen. Was die Empfänglichkeit für dieses „Angebot“ betrifft, kann man dann durchaus differenzieren zum Beispiel zwischen städtischen Bevölkerungsteilen wie der Arbeiterschaft, und anderen, noch privatwirtschaftlich wirtschaftenden Bevölkerungsteilen, die das anders sahen, und die dann dementsprechend repressiv auch entweder aus dem Land getrieben wurden oder klein beigeben mußten, bzw. so peu à peu reingedrängt wurden mit der Übergangsphase der einfachen LPG's Anfang der 60er Jahre. Für diese staatliche Versorgung war immer ein politischer Preis zu zahlen, und in den 50er Jahren wollte die Mehrheit der Bevölkerung diesen politischen Preis nicht zahlen.

Ich finde sehr gut die Frage von Herrn Gutzeit nach dem Alltag der Weggegangenen und den Auswirkungen, den sozialen Lücken, die durch ihren Weggang gerissen wurden. Wenn man lokale Mikrostudien macht, muß eigentlich jede Mikrostudie individuell auch von diesem Gesichtspunkt her ansetzen. Man wird das Gesicht bestimmter Dörfer, oder Stadtteile, oder Regionen nicht verstehen können, wenn man nicht genau weiß, in der und der Zeit ist eben eine bestimmte soziale Gruppe, sagen wir von Großbauern oder Mittelbauern, gegangen, die schon seit Jahrhunderten dieses Dorf oder diese Gegend geprägt haben, und danach war tabula rasa. Man konnte dann natürlich um so leichter die sozialistische Landwirtschaft einführen. Hingegen in anderen Gegenden haben sich die Strukturen eher gehalten, weil die nicht alle auf einmal weggegangen sind, weil bestimmte Dinge sie auch noch zusammengehalten haben, wenn etwa an so etwas wie das katholische Milieu denkt. Das als Stichwort zu dieser auch sehr regionalen Spezifik, die es dann immer wieder zu beobachten gilt. Die zweite Herausforderung für die Forschung bestünde darin, heute diesen damals Weggereisten noch einmal nachzureisen, um mit ihnen lebensgeschichtliche Interviews zu machen. Das ist aber dann sehr aufwendig. Sie können sich vorstellen, die sind in alle Winde verstreut. Sie gehören eigentlich zum Forschungsgegenstand dazu, und wenn uns jemand viel Geld geben würde, könnte man auch auf die bestehenden Forschungsprojekte noch draufsatteln, um diese Personengruppe ebenfalls gezielt zu befragen. Mehr kann ich im Moment dazu aber nicht sagen.

Noch kurz einen Kommentar zu Herrn Maser, den ich mir nicht ganz verkneifen kann. Familie, Freundschaft, Karnickelzüchterverein als „Selbstverständlichkeiten“ hinzustellen ist eine reine Perspektivfrage. Es gibt viele Menschen aus der ehemaligen DDR, für die ihr Karnickelzüchterverein, ihre Familie und ihre Freundschaften eben keine Selbstverständlichkeiten waren, sondern wenn wir sie nach ihren Erfahrungen befragen, dann dreht sich 90 Prozent dessen, was sie erzählen, genau um solche Dinge. Dinge wie, wann sie geheiratet haben usw., wie sie zum Beispiel Familienleben unter diesen Bedingungen so hingekriegt haben, daß sie der Meinung waren, es war eigentlich ein ganz gu-

tes Familienleben. Für die Bewertung dessen, was politisch an der DDR wichtig und interessant ist, dürfen wir diese „Stimmen“ nicht ausgrenzen, wir können auch nicht einfach so darüber hinweggehen. Diese „Selbstverständlichkeiten“ waren in der DDR eben keine Selbstverständlichkeiten. Das ist, meiner Meinung nach ein ganz zentraler Punkt. Insofern möchte ich da auch Herrn Professor Weber zustimmen: eine engere Verklammerung von alltäglichem Leben und politischem Eingreifen, politischem Determiniert-werden als in der DDR habe ich bisher in konkret-historischer Anschauung nicht zu Gesicht bekommen. Das ist natürlich die Herausforderung, die sich für eine Alltagsgeschichte oder Sozialgeschichte oder wie auch immer für uns stellt. Da kann man eben nicht ohne weiteres sagen, das sind Selbstverständlichkeiten. Das läßt sich auch an der Geschichte mit den „großen“ Daten festmachen. Die tauchen eben nicht in allen Lebensläufen auf. Es gibt Leute, die einem ihr Leben erzählen, und dann kommt vielleicht 1953 vor, aber nicht 1961. Oder umgekehrt. Und da muß man schon den Tatsachen nachgehen, wie konnte das sein, wie konnte das kommen, daß für diese Menschen, oder für eine Gruppe von Menschen, sich diese Situation anders darstellte als für jemanden, der aus einer sehr stark politisch erlebten Biographie rückblickend auf diese seine eigene Geschichte oder die Geschichte seiner Gruppe schaut. Ich finde, daß wir nicht das eine gegen das andere ausspielen dürfen, sondern zur Kenntnis nehmen müssen, daß Lebensläufe, Lebensgeschichten und Alltagserfahrungen unterschiedlich geprägt sind, und daß all dieses aber, sagen wir mal, zum Vermächtnis, das in den Prozeß der deutschen Einheit eingeht, dazugehört.

Dann wollte ich noch ein ganz kurze, letzte Bemerkung zum Begriff „totalitäre Durchherrschung“ machen. Ich finde nicht, daß wir uns mit solchen „Patentlösungen“ wie „totalitäre Durchherrschung“ zum Schluß begnügen sollten. Aus meiner Perspektive als empirisch orientierter Sozialhistoriker bin ich der Meinung, daß wir mehr davon haben, wenn wir den Streit um diese Begriffe eine Zeit lang ruhen lassen. Ich insistiere nicht darauf, ständig „durchherrscht“ zu sagen, und mich dabei gleichzeitig immer von „totalitär“ oder der Totalitarismustheorie abzugrenzen. Es geht mir um sozialhistorische Fragestellungen, die man mit Theorien mittlerer Reichweite, wie sie die Sozialgeschichte entwikkelt hat, ein Stück weit bearbeiten kann. Wobei ich davon ausgehe, daß es einen gemeinsamen Grundkonsens darüber gibt, daß die DDR eine diktatorisch verfaßte Gesellschaft war, und daß zur Grundlage dieser Diktatur ein totalitäres Programm gehörte. Der Begriff „Durchherrschung“ war ursprünglich ein vorläufiger Versuch von Alf Lüdtke, die Tatsache der Vermengung von Alltag und Politik auf einen „kleinen“ Begriff zu bringen, aber ohne ein großes Konzept daraus zu machen zu wollen. Man kann daher nicht von konkurrierenden Konzepten, „Durchherrschung“ hier, „Totalitarismus“ da, sprechen. Der Durchherrschungsbegriff beansprucht keineswegs, das Gegenstück zur Totalitarismustheorie darzustellen. Ich bin der Meinung, wir sollten eine Zeitlang erst mal zu konkret-historischen Problemen arbeiten, um vielleicht in einer zweiten Runde Bilanz zu ziehen, auch in theoretischer Hinsicht. Ich lese die aktuellen Beiträge zur Totalitarismustheorie immer mit großem Interesse, so-

zusagen als Anfeuerung meiner eigenen sozialhistorischen Projekte, und daher glaube ich, daß ein fruchtbarer Dialog zwischen Sozialgeschichte und Totalitarismustheorie möglich ist und mehr bringen wird als wissenschaftsstrategische Saalschlachten um Begriffe auszutragen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Lindenberger, nach meinem Verständnis haben Sie meine Frage nicht vollständig beantwortet.

Dr. Thomas Lindenberger: Zur Bedeutung dieses erzieherischen Duktus, dieser erzieherischen Herrschaftsmethode, oder dieses Gestus, ständig als Erzieher zu wirken: Es gibt eine ambivalente Wirkung. Das eine ist diese oft berichtete Unmündigkeitserfahrung, über die häufig auch mit ironischen Konnotationen berichtet wird, daß man eben wie die kleinen Kinder ständig antreten und sich zusammenstauchen lassen mußte und dergleichen. Auf der anderen Seite stehen natürlich damit verbundene Erfahrungen der Förderung, also daß man gefördert wurde wie ein Zögling. Für einen Teil der älteren DDR-Generation war es eine wichtige Erfahrung, daß Qualifikationen, Fortbildung, in diesem Sinne auch „Erziehung“ zum beruflichen Aufstieg führen konnte, bedeuten konnte in gehobene Positionen einzurücken, mitbedingt durch den Weggang von vielen Personen. Das hat Vielen im Laufe der Zeit die Möglichkeit eröffnet, sich zu qualifizieren. Ich glaube, daß die Doppeldeutigkeit dieses Erziehungsangebots, und dieser Erziehungszumutung immer zugleich vorhanden war. Das habe ich auch aus einigen Interviews sehr deutlich so herausgehört: es wird einerseits als Erfolg registriert, daß man es geschafft hat, daß man zum Beispiel in interessante Positionen vorgestoßen war, gleichzeitig wird über die Last dieser permanenten Fortbildung und Lehrgänge usw. gestöhnt, und über das dort Zurechtgetrimmt-Werden, vor allem auch politisch Erzogen-Werden. Insofern war das eine zweischneidige Erfahrung.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Herr Professor Faulenbach, bitte.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Die Frage von Herrn Eppelmann, was bedeutet es, daß die einen über die Wahrheit verfügen, die anderen die Wahrheit irgendwie nur zu rezipieren haben. In der Tat hat dieses erhebliche Folgen für das Sozialverhalten, denn die Zweifel an dieser Wahrheit waren einfach da. Dies führte wohl vielfach zu äußerer Anpassung bei geheimen Vorbehalten, eventuell zu einer Gespaltenheit, jedenfalls zu verschiedenem Rollenverhalten, je nachdem, wo man sich gerade dann aufhielt. Ich darf es vielleicht mal aus meiner Sicht sagen, wenn Wissenschaftler aus der DDR Vorträge im Westen hielten, habe ich es immer wieder erlebt, daß man nach dem Vortrag, unter vier Augen, bemüht war, sich von den vertretenen Positionen jedenfalls teilweise zu distanzieren. Diese Tendenz zu dem gespaltenen Verhalten könnte etwas mit bestimmten Anpassungen zu tun haben, die man leisten mußte, doch legte man zugleich Wert darauf zu sagen, daß es noch eine andere Wahrheit gebe.

Zweite Bemerkung zu Herrn Gutzeit, ergänzend zu dem, was schon gesagt wurde. „Weggehen“ ging wohl immer einher mit Stigmatisierungen, wobei die Motive differierten. Übrigens gibt es auch in der DDR eine partielle Fortdauer bestimmter Milieus. Ich denke eben an das protestantische oder katholische Milieu, Milieus, die trotz der erheblichen Veränderungen, wenn auch in reduzierter Form, weiterexistierten. Zum Teil wurden in diesen Milieus wohl noch stärker als im Westen Verhaltensmuster konserviert, obgleich oder besser weil das Umfeld so verändert war. In den Prozessen 89/90 hatten diese Milieus eine beträchtliche Bedeutung.

Schließlich noch ganz kurz zu Hermann Weber. Das politische System, die Gesellschaft und der Alltag waren, in einem erheblichen Maße, amalgamiert; sie waren wechselseitig durchdrungen. Die Frage, die uns jetzt leiten muß, ist gleichwohl, wie sah dieses konkret aus. Inwieweit gab es die Möglichkeit, sich zu entziehen, konnte sich Eigensinn entwickeln, eine Eigenwelt herausbilden – trotz dieser Amalgamierung. Ich möchte in der Tat einen theoretischen Fragerahmen haben, der diese Fragen zuläßt, denn bestimmte geschlossene Theorien werden unter der Hand für die Wirklichkeit genommen, werden gleichsam ontologisiert. Ich möchte Fragekonzepte haben, die offen für empirische Untersuchungen und ihre Ergebnisse sind, zugleich jedoch eine Einordnung in Zusammenhänge zulassen.

Vielleicht eine allerletzte Bemerkung, auf Grund einer größeren Zahl von Intensivinterviews kann ich sagen, daß die politischen Zäsuren, die wir als relevant angenommen haben, keineswegs immer von den Menschen in ihren Biographien als bedeutsam angesehen wurden. Es gibt schon einen biographischen Eigensinn, der eben nicht unmittelbar den politischen Entwicklungen und Zäsuren folgt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Ich erteile Herrn Professor Maser das Wort.

Prof. Dr. Peter Maser: Zunächst einleitend dieses: Die Anmerkung von Herrn Lindenberger ist mir schlicht unverständlich. Ich habe doch die Bedeutung des Karnickelzüchtervereins als Lebensraum niemals bestritten, ich habe doch auch von der Kirchengemeinde gesprochen. Es ging mir um den Begriff des Durchherrschtseins und des Durchherrschens. Dabei wollte ich auf die Banalität der Feststellung aufmerksam machen, daß es auch in totalitären Systemen eben immer auch solche Lebensräume gibt. Und daß man dann schon fragen muß, mit welcher Absicht solche Lebensräume nun in den Vordergrund oder auch in den Hintergrund der Betrachtung geschoben werden. Was die Auswirkung politischer Großereignisse anbelangt, wird niemand so blauäugig sein, nur nach den direkten und von den Betroffenen selbst wahrgenommenen Auswirkungen zu fragen. Selbstverständlich geht es auch um die indirekten Auswirkungen, die in den Biographien ablesbar sind.

Zur Frage von Rainer Eppelmann nach der Erziehung möchte darauf verweisen, daß die SED und ihre Ideologie durchaus auch als politische Religion zu

betrachten sind. Wenn man das einmal unter diesem Gesichtspunkt durchrechnet, dann ist es vielleicht so wie bei einer geschlossenen religiösen Erziehung. Man endet entweder als Kardinal oder aber als Ketzer auf dem Scheiterhaufen. Oder man sortiert sich in die schweigende Mehrheit ein, in der man sich dann in unterschiedlichen Graden von Zustimmung, Anpassung oder vorsichtiger Ablehnung bewegt. Da sind Glaube, offene Ablehnung oder ein mehr oder weniger unentschiedenes sich Anpassen als Folge einer solchen Erziehung immer möglich.

Stephan Hilsberg hat nach der Auswirkung des Mangels gefragt, unter den alle in gleicher Weise gestellt waren, und damit die Frage verbunden, wie es sich auswirkte, daß die Verantwortung für solchen Mangel von niemandem übernommen werden mußte. Ich würde meinen, die Mangelgesellschaft hat natürlich auch Teile der persönlichen Verantwortung oder der persönlichen Leistung außer Kraft gesetzt. Ich will es an einem Beispiel deutlich machen: In Halle gab es am Markt einen halbstaatlichen Möbelbetrieb, der ganz ordentliche Möbel aus ordentlichem Holz herstellte. Wir wurden allesamt, die wir in derselben Altersgruppe waren, Kunden dieser einen Firma. Damit wurde die Frage unseres persönlichen Geschmacks zurückgedrängt auf das Problem, welches Bild wir dann noch zwischen die überall gleichen Möbel hängen. Aber keiner hätte den anderen gefragt: „Warum stellst du dir diese Möbel und nicht andere in deine Wohnung?“ Und das kann man natürlich auch auf ganz andere Felder der persönlichen Existenz übertragen bis hin zu der Frage: „Was machst du beruflich? Warum machst du nichts anders?“ Auch hier konnte man natürlich leicht auf die Mangelgesellschaft verweisen und sagen: „Ich wäre ja gerne dieses oder jenes geworden, aber unter den Bedingungen, unter denen ich hier lebe, konnte oder kann ich das nicht werden.“ Insofern ist auch das eine Auswirkung der Mangelgesellschaft, daß die persönliche Verantwortung in den Hintergrund trat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor. Herr Ludwig, ich erteile Ihnen das Wort.

Andreas Ludwig: Ja, zur Frage der Erziehung und ihrer Auswirkung hatte ich schon etwas gesagt. Ich möchte deswegen auch noch mal zum Mangel kommen, zur Frage von Herrn Hilsberg, und darauf hinweisen, daß man sehr stark differenzieren muß. Auf die Frage hin, welche Funktion hatte der Einzelne in der DDR-Gesellschaft: Jemand, der auf Grund seiner beruflichen Position keine Möglichkeiten hatte, den Mangel zu ändern oder Einfluß zu nehmen, hat sich natürlich eher als Betroffener gefühlt. Jemand ab dem mittleren Management in Betrieben oder Handelsorganisationen hat natürlich sehr wohl auch versucht, den Mangel aktiv anders zu verteilen, Dinge heranzuschaffen usw. Ich denke, da muß man sehr genau hinsehen. Die Frage ist, ob die Mangelgesellschaft sozusagen grundsätzlich eine Mangelgesellschaft der Produktion ist oder eine der Verteilung, eine Frage, die wir sicherlich jetzt hier nicht noch einmal anschneiden sollten.

Zum zweiten die Frage der Generationen: Inwieweit waren die einzelnen Menschen in die DDR-Ökonomie und in die DDR-Politik involviert auf Grund ihrer beruflichen Laufbahn? Inwieweit wollten sie Verantwortung übernehmen, Funktion tragen oder inwieweit hatten sie sich bereits innerlich von dieser DDR verabschiedet? Das gilt vielleicht gerade für die jüngere Generation der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Daß der Mangel sozusagen ein Abwarten war und nicht mehr diese extreme, auch politisch aufgeladene Bedeutung hatte für jemand, der zum Beispiel in der Aufbaugeneration in der DDR tätig war. Die Frage nach den Flüchtlingen ist für mich eine Frage, die im Augenblick sehr wichtig ist, nämlich die Frage nach der Position des Einzelnen im Osten und im Westen zu der offenen Gesellschaft. Ich bin der Auffassung, daß Leute, die aus der DDR weggegangen sind oder ausgereist sind, möglicherweise ein völlig anderes Verhältnis haben, wenn sie jetzt wieder in die DDR zurückkehren in die jetzt neuen Bundesländer, vielleicht ganz andere Fragen stellen, ganz andere Dinge dabei spüren als jemand, der hier entweder aufgewachsen ist, oder jemand, der die DDR eigentlich von der Transitstrecke her kennt. Ich denke, das wäre noch einmal eine Aktualisierung.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Ludwig. Wir machen genau um 14.00 Uhr weiter. Ich bitte allerdings um Pünktlichkeit.

(Pause)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Schön, daß ich Sie wieder hier begrüßen darf. Ich finde es gut, daß auch weiterhin nicht nur Mitglieder der Enquete-Kommission und dazu geladene sachkundige Referenten hier unter uns sind, sondern daß es Menschen gibt, die das Anliegen, das uns hier zwei Tage zusammenführt, interessiert. Ihnen möchte ich in ganz besonderer Weise noch einmal ein herzliches Dankeschön für Ihr Interesse und Ihr Zuhören sagen. Aber nun genug der Vorrede, wir wollen in die nächste Runde einsteigen. Es geht um Beispiele des Umgangs mit dem alltäglichen Mangel, und wie ausgewiesen wird Herr Professor Maser die Moderation übernehmen. Bitte, Herr Professor.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Ich darf Ihnen in der Reihenfolge wie es in der Tagesordnung ausgedruckt ist die Teilnehmer an dieser Runde vorstellen. Da ist zunächst Herr Uwe Bartsch zu nennen. Herr Uwe Bartsch, geboren 1954 in Berlin-Lichtenberg, hat zunächst eine Ausbildung als Elektroinstallateur durchlaufen, ist dann in der Zeit zwischen 1975 und 1981 im Abendstudium zum Ingenieur für Elektroenergieanlagen geworden, hat von 1971 bis 1981 im väterlichen Handwerksbetrieb gearbeitet, 1981 folgte eine Unternehmensgründung in Ost-Berlin, seit 1994 ist Herr Bartsch Mitglied des Landtages von Brandenburg und dort Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Zu Frau Dr. Ina Merkel, geboren 1957, ist zu vermelden, daß Sie zunächst von 1976 bis 1978 Volontärin in der Kulturabteilung der „Jungen Welt“ gewesen ist, anschließend Kulturwissenschaft, Ästhetik und Theaterwissenschaft an der Humboldt-Universität studiert hat, 1983 Diplom, 1986 Promotion mit einer Dissertation zu einem kulturwissen-